

# Vorbemerkungen

## 1. Projektbeschreibung IGA 2027

Die Internationale Gartenausstellung (IGA) wird 2027 im Ruhrgebiet stattfinden, stellt dabei die Leitfrage: „Wie wollen wir morgen leben?“ und setzt den Fokus auf das Thema Gärten, Parks und Grünflächen. Dieses Thema wird im Kontext des urbanen Zusammenlebens von Menschen in Metropolregionen betrachtet. Aktuelle Themen wie Umwelt, Klima, Energie und Stadtentwicklung ergänzen das Gesamtkonzept. Einzigartig für eine Gartenschau in einer Metropolregion ist das dezentrale Konzept, welches 2027 die ganze Region miteinbeziehen wird.

Die oberste Ebene des dreiteiligen Gesamtkonzeptes stellen die Zukunftsgärten dar. Sie fungieren als primäre Gartenschaustandorte im Jahr 2027, dort werden umweltbezogene Kernfragen zu Gärten, Parks und Grünflächen, Umwelt, Klima, Energie und Stadtentwicklung als Ausstellungsthemen präsentiert. Die drei eintrittspflichtigen Hauptstandorte in Dortmund, Duisburg sowie in Gelsenkirchen bieten Raum für die Präsentation des grünen Berufs und seinen vielen Facetten und verstehen sich zugleich als Repräsentationsflächen diverser Stadtentwicklungsmaßnahmen. Die zwei nicht eintrittspflichtigen Zukunftsgärten, „Emscherland“ (Castrop-Rauxel/Recklinghausen) und „Landschaft in Bewegung“ (Lünen) ergänzen die Schaustandorte und fokussieren sich auf innovative Themen wie Umwelt, Klima, Energie und Landschaftsentwicklung unserer Zeit. Alle Zukunftsgärten bieten mit ihrer Vielfalt an Attraktionen die zentralen Gartenschaustandorte und sind Botschafter des internationalen Gedankens.

Durchgeführt wird die Gartenausstellung von der IGA Ruhrgebiet 2027 gGmbH als Durchführungsgesellschaft, dem Regionalverband Ruhr (RVR) als Regionalinstitution für die Metropole Ruhr sowie den Kommunen als Projektträger\*innen. Eine enge Kooperation besteht mit dem Land Nordrhein-Westfalen, Emschergenossenschaft /Lippeverband und vielen weiteren Partnerinnen und Partnern. Labelgeberin ist die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG).

## 2. Auftraggeber

Auftraggeber ist

IGA Ruhrgebiet 2027 gGmbH  
vertr.d.d. GF Hanspeter Faas, Nina Frense und Horst Fischer  
Huyssenallee 82-88  
45128 Essen

Die IGA Ruhrgebiet 2027 gGmbH wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend und gemeinsam auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber/Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

### 3. Allgemeines zu den Vergabeunterlagen

Die in den Vergabeunterlagen verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter. Lediglich aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird nachfolgend ausschließlich die männliche Form verwendet.

#### Definitionen:

- „**Auftragsunterlagen**“ (auch als „**Vergabeunterlagen**“ bezeichnet) sind sämtliche Unterlagen, die vom öffentlichen Auftraggeber erstellt werden oder auf die er sich bezieht, um Bestandteile der Auftragsvergabe oder des Verfahrens zu beschreiben oder festzulegen.
- Als „**öffentlicher Auftraggeber**“ (in diesem Vergabeverfahren auch als „**Auftraggeber**“ oder „**Vergabestelle**“ bezeichnet) wird die ausschreibende Gebietskörperschaft bezeichnet.
- „**Öffentliche Aufträge**“ sind zwischen einem oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern und einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern schriftlich geschlossene entgeltliche Verträge über die Ausführung von Bauleistungen, die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen.
- Als „**Wirtschaftsteilnehmer**“ wird eine natürliche oder juristische Person oder öffentliche Einrichtung oder eine Gruppe solcher Personen und/oder Einrichtungen bezeichnet, einschließlich jedes vorübergehenden Zusammenschlusses von Unternehmen, die beziehungsweise der auf dem Markt die Ausführung von Bauleistungen, die Errichtung von Bauwerken, die Lieferung von Waren und/oder die Erbringung von Dienstleistungen anbietet. Als Synonym für den Begriff „Wirtschaftsteilnehmer“ wird in diesem Vergabeverfahren der Begriff „**Unternehmen**“ verwendet.
- Die Wirtschaftsteilnehmer, die sich am Teilnahmewettbewerb beteiligen, werden als „**Bewerber**“ bezeichnet. Nehmen mehrere Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam am Teilnahmewettbewerb teil, werden diese als „**Bewerbergemeinschaft**“ bezeichnet.
- Die Wirtschaftsteilnehmer, die zu einer Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, werden ab dem Zeitpunkt dieser Aufforderung als „**Bieter**“ bezeichnet. Wird eine Bewerbergemeinschaft zur Angebotsabgabe aufgefordert, werden alle Beteiligte derselben gemeinsam als „**Bieter**“ oder „**Bietergemeinschaft**“ bezeichnet. Die

Bewerbergemeinschaft geht somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe begrifflich in eine Bietergemeinschaft über.

- Ein „**Unterauftragnehmer**“ (auch als „Nachunternehmer“ oder „Subunternehmer“ bezeichnet) ist ein Wirtschaftsteilnehmer, der vornehmlich aufgrund eines Unterauftrags (bspw. eines Werk- oder Dienstvertrages) im Auftrag eines anderen Unternehmens, des Hauptauftragnehmers, oder als Unterauftragnehmer eines Unterauftragnehmers des Hauptauftragnehmers (sog. **Unter-Unterauftragnehmer**) oder auf weiteren Stufen in der Kette der Unterauftragsvergabe die gesamte oder einen Teil der vom Hauptwirtschaftsteilnehmer gegenüber dessen Auftraggeber geschuldeten Leistung erbringt.
- In Bezug auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die Kriterien für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein Wirtschaftsteilnehmer (sog. „**eignungsleihendes Unternehmen**“) die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) im Wege der sog. „**Eignungsleihe**“ in Anspruch nehmen.
- Als „**Dritte**“ werden sowohl „**Unterauftragnehmer**“ bezeichnet als auch solche Unternehmen, deren Kapazitäten ein Wirtschaftsteilnehmer für die Eignungsleihe in Anspruch nimmt (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) sowie Unternehmen, bei denen beide Voraussetzungen (eignungsverleihendes Unternehmen und Unterauftragnehmer) gleichzeitig gegeben sind.
- Der Bieter oder die Bietergemeinschaft, der bzw. die den Zuschlag letztendlich erhält, wird als „**Zuschlagsempfänger**“ und „**Auftragnehmer**“ bezeichnet.

Die „Vergabeunterlagen“ bestehen aus dem Leistungsverzeichnis, den Besonderen Vertragsbedingungen und verschiedenen auszufüllenden Formblättern.

#### 4. Vertragsunterlagen

Vertragsbestandteile werden die Allgemeinen und technischen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen in der jeweils gültigen Fassung und die anerkannten Regeln der Technik.

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen. Für ZTV Regelungen gelten immer die aktuellen Fassungen.

Vertragsinhalte und Ausführungsunterlagen sind:

1. Sämtliche Vergabeunterlagen, Leistungsbeschreibung, Leistungsverzeichnis, Ausführungsplanung sowie den Besonderen Vertragsbedingungen und/oder Zusätzlichen Vertragsbedingungen,
2. Ggf. Detaillierungen der Ausführungsplanung, insbesondere Absteckpläne, die dem AN nach Beauftragung zur Verfügung gestellt werden,
3. Ggf. vereinbarte Änderungen der Vergabeunterlagen in Text und Plan,
4. Die Baubesprechungsprotokolle
5. Vom AN zu beschaffende und/oder zu erstellende Unterlagen wie Bauzeitenplan und Werkpläne (vgl. Leistungsverzeichnis)

Die vom AG ausgehändigten Unterlagen und Pläne sind maßgeblich. Jedoch hat der AN die ausgehändigten Unterlagen und Pläne, soweit es zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung gehört, auf etwaige Unstimmigkeiten zu überprüfen und den AG auf entdeckte oder vermutete Mängel hinzuweisen. Sämtliche Ausführungsunterlagen sind ständig an der Baustelle vorzuhalten. Der AN haftet für alle Folgen, die aufgrund fehlender Ausführungsunterlagen und daraus resultierenden Entscheidungsverzögerungen des AG entstehen.

## **5. Rechnungsstellung / Abrechnung**

Die Abrechnung erfolgt gemäß § 14 VOB/B. Die Abrechnung ist grundsätzlich digital einzureichen. Die Zahlungsfrist sollte 30 Tage betragen.

### **a. Prüfbarkeit der Rechnungen**

Werden mehrere Rechnungen eingereicht, so sind sie nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen. Die Abschlagsrechnungen sind laufend zu nummerieren. In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen nach den Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses aufzuführen, die Nettopreise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) anzugeben und der Umsatzsteuerbetrag unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer (§ 13 UStG) geltenden Steuersatzes hinzuzusetzen. Bereits geleistete Abschlagszahlungen sind am Schluss der Rechnungen einzeln und in der Nummernfolge aufzuführen und abzusetzen.

In allen Rechnungen erhalten die Bezeichnungen der Teilleistungen die Nummern der Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses. Die Bezeichnungen

dürfen abgekürzt wiedergegeben werden, wenn die Ausführung nicht von der Leistungsbeschreibung abweicht.

#### **b. Prüfbarkeit von Aufmaßen**

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein. Die Abrechnung (Ermittlung der Leistung) erfolgt gemäß DIN 18299 Nr. 5 VOB/C.

Die Ermittlung der erbrachten Leistung erfolgt nach den Ausführungs- und Werkplänen unter Zugrundelegung der jeweiligen Leistungspositionen. Urgelände, Bausoll, Messungen für das Ausführen und Abrechnen der Arbeiten einschließlich des Vorhaltens der Messgeräte gemäß VOB/C DIN 18299, 4.1.3.

Uraufnahmen und Soll-Aufnahmen müssen mittels eines digitalen Aufmaßes durch einen autorisierten Vermesser und/oder selbstständig erstellt werden. Die benötigte Menge der erforderlichen Einzelaufmaße für prüffähige Rechnungen ist vom AN selbstständig zu ermitteln und in der Kalkulation zu berücksichtigen.

Das Aufmaß zu verfüllender unterirdischer Leistungen (Bauwerke, Entwässerungsleitungen etc.) ist vor Verfüllen der Leitungsgräben fotografisch und prüfbar zu dokumentieren, ggf. ist ein gemeinsames Aufmaß mit dem AG vorzunehmen.

#### **d. Abrechnungseinheiten**

h = Stunde, d = Tag, Wo = Woche, Mt = Monat, cm = Zentimeter, m = Meter, m<sup>2</sup> = Quadratmeter, m<sup>3</sup> = Kubikmeter, psch = pauschal, St = Stück, kg = Kilogramm, t = Tonne.

.

### **6. Umweltrechtliche Vorschriften**

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der AN die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Insbesondere hat der AN die Regelungen des Landschaftsschutzgesetzes NRW und des Bundesnaturschutzgesetzes zu beachten. Weitere gesetzliche und vertragliche Anforderungen bleiben hiervon unberührt.

#### **a. Umgang mit Abfällen**

Der AG wird für die Baumaßnahmen einen Antrag auf die Erteilung einer Abfallerzeugernummer bei der entsprechenden Kommune stellen. Die Nummer wird dem AN vor Maßnahmenbeginn mitgeteilt.

Nicht wieder einbaufähige Materialien sind gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung - AVV) nach Abfallschlüssel und Abfallbezeichnung zu separieren und abzufahren.

Nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz-KrWG) ist eine Getrennthaltung von Abfällen zur Verwertung vorgeschrieben (§ 9 KrWG). Der anlässlich der Errichtung, Änderung, dem Abbruch oder der Beseitigung baulicher Anlagen anfallende Erdaushub (AVV 17 05 04), Bauschutt (AVV 17 01 07) oder mineralischer Straßenaufbruch (AVV 17 0302) ist so auszubauen, zu erfassen, zwischenzulagern oder abzufahren, dass diese untereinander von nicht mineralischen Abbruchmaterial (z.B. Holz, Textil- und Kunststoffböden, Dachpappen, Dämmstoffen, Wandverkleidungen) Baustellenabfällen (AVV 17 09 04, z.B. Reste von Baumaterialien, -chemikalien, -hilfsstoffen und Zubehör sowie im Zusammenhang mit Baumaßnahmen anfallendes Verpackungsmaterial) Wertstoffen (z.B. Metall, Glas, Kunststoffe) sonstige wasser-, boden- oder gesundheitsgefährdenden Stoffen (z.B. asbesthaltigen Abfällen, Strahlmittelrückständen, Abbruchmaterial nach Brandfällen oder Material aus kontaminierten Industrie- oder Gewebebauten) bituminösen oder teer-haltigen Straßenaufbruch getrennt gehalten und nicht vermischt werden. Erdaushub ist nach Möglichkeit und Angabe der BÜ auf der Baustelle wiederzuverwerten. Hinweis: Notwendige Voraussetzung für die Verwertung ist eine hohe Qualität der sortierten Stoffe. Die auf der Baustelle anfallenden Abfälle sind deshalb möglichst getrennt zu sammeln. Der AG ist sofort zu unterrichten, wenn Schadstoffe angetroffen werden und der Auftragnehmer bei Gefahr unverzüglich die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen hat (VOB/C - Ziffer 3.3 DIN 18 299). Der AN hat neben der Beseitigung des eigenen Abfalls und der eigenen Verunreinigungen (Ziffer 4.1.11 DIN 18 299) auch den Abfall aus dem Bereich des AG bis zu einer Menge von 1 m<sup>3</sup> zu entsorgen (Ziffer 4.1.12 DIN 18 299), soweit dieser nicht schadstoffbelastet ist (Bagatellklausel). Für das Beseitigen aller anderen Abfälle sowie für die Entsorgung von Sonderabfällen hat der AN dagegen Anspruch auf besondere Vergütung (Ziffer 4.2.13 DIN 18 299). Das Eigentum an den zu entsorgenden Baustoffen/Bauabfällen anderer Unternehmer wird nicht an den AN übertragen, sondern verbleibt bei der AG.

#### **b. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**

Ein sorgfältiger Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist zu gewährleisten. Boden und Untergrund sind gegen das Eindringen von Treib- und Schmierstoffen stets durch Foliendichtungen und Ölwannen zu sichern. Fahrzeuge und Maschinen sind auf Treib- und Schmiermittelverluste zu prüfen und ggf. zu ersetzen. Bei stationärer Maschinenaufstellung (z.B. Häcksler) sind Ölwannen einzusetzen.

Das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten insbesondere von Treibstoffen für Baumaschinen in für diesen Zweck zugelassenen Behältern ist nur erlaubt, wenn diese mit einer Auffangwanne versehen sind. Die Auffangwanne darf keinen Abfluss haben. Die Lagerbehälter einschließlich der Auffangwanne sind vollständig regengeschützt aufzustellen. Die Auffangwanne muss mindestens dem Rauminhalt der in ihr lagernden Behälter entsprechen. Das Umfüllen wassergefährdender Flüssigkeiten aus den vorgenannten Behältern, beispielsweise beim Betanken eines Baufahrzeuges, hat so zu erfolgen, dass ein Auslaufen der Flüssigkeit durch besondere Schutzvorkehrungen verhindert wird und dass eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist. Der Vorgang ist durchgehend zu beaufsichtigen.

#### **c. Schutz von Bäumen & Vegetationsflächen**

Alle vorhandenen Bäume und Sträucher stehen gemäß den Satzungen des AG unter besonderem Schutz. Bei Arbeiten in unmittelbarem Umfeld (Wurzelbereich) der Bäume sind die Vorgaben der DIN 18920 („Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“, 2014) und RAS-LP 4 („Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen“, 1999) einzuhalten.

Eine Aufmietung oder Lagerung von Material im Traufbereich von Bäumen ist nicht zulässig. Zum Schutz von Baumwurzeln mit einem Durchmesser von mehr als 8 cm sind Überbrückungen oder Untertunnelungen vorzusehen. Der AN haftet für schuldhaft beschädigte Bäume in Höhe ihres Wertes, berechnet nach der Sachwertermittlung Koch.

#### **d. Sonstige Auflagen zum Schutz der Umwelt**

Zum Schutz der Umwelt sind zudem nachfolgende Punkte zu beachten:

Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen sind bei Nichtbenutzung abzuschalten, unnötiger Leerlaufbetrieb ist zu vermeiden. Batteriebetriebene Maschinen sind, im Sinne der Ökologie und der Lärmreduzierung, jenen mit Verbrennungsmotor, vorzuziehen. Unnötige Fahrten von Fahrzeugen, über den unbedingten Bedarf hinaus, sind zu vermeiden.



Mit Ressourcen, wie z.B. Wasser, ist sparsam umzugehen, das Aufstellen von Beregnungsanlagen bedarf der Zustimmung durch den AG.

Der AN hat sicherzustellen, dass durch die Tätigkeit Straßen und Wege nicht unnötig verschmutzt werden. Sollte dies nicht auszuschließen sein, hat der AN auf eigene Veranlassung und Kosten für die Reinigung zu sorgen.

Maschinen- und Fahrzeugreinigungen mit Wasser sind verboten.

Der AN verpflichtet sich, bei Maschineneinsatz Ölbindemittel im Baustellenbereich vorzuhalten. Verunreinigungen durch Defekte an Fahrzeugen sind umgehend der AG zu melden, Gegenmaßnahmen sind umgehend zu veranlassen. Maschinen dürfen nur aus zugelassenen Kanistern / Tanks und mit geeigneten Einfüllstutzen betankt werden, bei denen ein Verkippen ausgeschlossen ist.

Eingesetzte Maschinen und Fahrzeuge müssen dem Stand der Technik entsprechen und regelmäßig gewartet werden. Der AG behält sich vor, Fahrzeuge, Maschinen und Gerätschaften, welche nicht durch anerkannte Zertifikate oder Prüforganisationen wiederkehrend geprüft werden, nicht zuzulassen oder stillzulegen.

Bei extremer Trockenheit ist der Einsatz von Laubblasgeräten unzulässig.

Der Einsatz von Steinschneidewerkzeugen ohne Wasseranschluss ist unzulässig.

Arbeiten in Vegetationsflächen sind schonend auszuführen, es ist Rücksicht auf die Tierwelt, besonders auf Nester, zu nehmen. Im Einzelfall ist Rücksprache mit dem AG zu halten.

Rasen- und Wiesenflächen dürfen nur mit Genehmigung der AG be- oder überfahren werden.

## **7. Versorgungsleitungen / Leitungsrecherche**

Entfällt da Bodenarbeiten kein Teil des Auftragsvolumen sind.

## **8. Kampfmittel**

Entfällt da Bodenarbeiten kein Teil des Auftragsvolumen sind.

## **9. Baubegleitende Maßnahmen**



#### **a. Bodenuntersuchung**

Während der Maßnahme sollen die Erdbauarbeiten bzgl. Aushub und Lieferung bauseitig überwacht werden. Dies betrifft insbesondere die Kontrolle des Aushubs, der nach Bodenarten getrennten Aufmietung sowie der ordnungsgemäßen Entsorgung gem. der bodenchemischen Analysen. Die bauseitige Entnahme von Bodenproben ist zu unterstützen. Die Dauer der Vorhaltung von beprobten Mieten ist für übliche Laborzeiten mit einzukalkulieren. ( Hier aufgrund des Fehlens von bodenarbeiten irrelevant)

#### **b. Ökologische Baubegleitung**

Für die gesamte Baumaßnahme ist durch den AG eine ökologische Baubegleitung beauftragt worden. Sämtliche Maßnahmen, die in naturschutzfachlichen wertvollen Flächen durchgeführt werden, sind zwischen der Objektüberwachung, der ökologischen Baubegleitung und dem AN einvernehmlich abzustimmen.

#### **c. Sicherheits- und Gesundheitskoordination**

Gemäß Baustellenverordnung und TRGS 524 soll durch den AG ein SiGe-Koordinator bis zu Leistungsbeginn bestellt werden. Der Koordinator verfügt über eine Weisungsbefugnis in Bezug auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für alle Beschäftigten. Der AN versichert dem AG, dass zum Zeitpunkt der Auftragsannahme, das eingesetzte Personal, in alle für die Arbeiten erforderlichen Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft und der Unfallkasse NRW eingewiesen und im Umgang mit der persönlichen Schutzausrüstung geübt ist.

Die Angaben aus dem Handbuch Baulogistik (Leitwerk AG) mit allen Anlagen in der aktuellen Version sind zu beachten. In der Kalkulation sind alle Mehraufwendungen einzukalkulieren, die sich aus den Vorgaben des Handbuches Baulogistik ergeben.

Das Baulogistikhandbuch ist als besondere Vertragsbedingung ein verbindliches Regelwerk, durch welches

- der AG im Rahmen von §4 Abs. 1 VOB/B die Baustelle koordiniert
- der baubetriebliche Ablauf unterstützt wird
- die Unternehmen die Leistungen für ihre Arbeiten am Werk aufeinander abstimmen.